

# Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Erscheint täglich mit Ausnahme der Feiertage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Geschäftsabnahme monatlich 20, durch unsere Ausläufer gegenüber in der Stadt monatlich 22, auf dem Lande 24, durch die Post bezogen vierteljährlich 72, halbjährlich 132, jährlich 264. Alle Postanfragen und Postkassen sowie unsere Abnehmer und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückerstattung des Bezugspreises.



Interessentenpreis 20. Für die 6 größten Kreisläufe oder deren Namen, Nachnamen, die 2 heilige Kreisläufe 22. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisnachlass. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Zeitungen) die 2 größten Kreisläufe 20. Nachmittags-Beilage 50 Pf. Anzeigenannahme bis vormittag 10 Uhr. Für die Nichtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Nachdruck ohne Genehmigung ist strafbar.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen.

Verleger und Drucker: Arthur Schunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Bässig, für den Inseratenteil: Arthur Schunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 135

Dienstag den 13. Juni 1922.

81. Jahrgang

## Amtlicher Teil.

Donnerstag den 15. Juni 1922, abends 7 Uhr  
öffentl. Sitzung der Stadtverordneten.

Wilsdruff, am 12. Juni 1922.

Der Stadtverordnetenvorsteher.

Die Eintragungsliste für ein Volksbegehren auf Auflösung des Landtages liegt nicht im Zimmer 2, sondern Zimmer 14 des Verwaltungsgebäudes aus.

Wilsdruff, am 12. Juni 1922.

3000

Der Stadtrat.

### Kleine Zeitung für eilige Leser.

\* Der internationale Anleiheausschuss in Paris kam zu dem Beschlusse, seine Arbeiten auf drei Monate zu verschieben, da zurzeit das Zustandekommen einer Anleihe für Deutschland nicht ausführbar erschiene.

\* Reichskanzler Dr. Brüning proklamierte in Stuttgart als höchstes Ziel der politischen Arbeit die Erhaltung der Reichseinheit.

\* Entgegen anderweitigen Mitteilungen wird in Berliner Wätern nunmehr doch wieder der Zusammentritt des Reichstags zum 13. Juni angekündigt.

\* In Preußen und Umgegend wurden zahlreiche Personen erschossen, der Befreiungsstand ist verbannt.

### Vertagt!

Zu der von der „Agence Havas“ zum Wochenende gemeldeten resultatlosen Beendigung der Pariser Beratungen über eine Anleihe wird uns von einem Berliner Mitarbeiter geschrieben:

Die Pariser Bankierkonferenz ist ausgegangen wie das Hornberger Schießen — wie in allerdings noch nicht sofort amtlich bestätigter Form über den Abschluss ihrer langwierigen Verhandlungen vorerst gemeldet wurde. In Versuchen, das Haupthindernis für die Gewährung einer Reparationsanleihe an Deutschland, die Unmöglichkeit seit des Londoner Ultimatum, aus dem Wege zu räumen, hat die Konferenz es wahrlich nicht fehlen lassen — es hat sich auch für diese unpolitischen Helfer als unüberwindlich erwiesen, dass dem Starrsinn der Franzosen, der immer noch seiner wirtschaftlichen Einsicht zugänglich ist. Hoffentlich wird gesagt, dass man den jetzt gescheiterten Versuch nach drei Monaten wieder aufnehmen wolle, aber wenn nicht Zeichen und Wunder geschehen, werden die Herren der Hochfinanz dann ihre Arbeit und ihre Arbeitskraft sicherlich nutzbringender zu verwerten wissen, als um abermals zu einem ausichtslosen Sturmhaufen gegen Poincaré und Genossen in Paris zusammenzukommen. Nur wenn bis dahin eine wesentliche Änderung der Lage eingetreten sein sollte, dürfte die dreimonatige Frist ernstlich innegehalten werden. In drei Monaten kann heute mehr als jemals sehr vielerlei passieren.

Wer ist nun eigentlich der Leidtragende bei diesem Ausgange der Bankierkonferenz? Die Geldgeber, die mit ihrer Anleihe der europäischen Wirtschaft wieder auf die Beine helfen wollten, sicherlich nicht, denn wenn auch in Amerika Überflus an anlagefähigen Kapitalien vorhanden ist, so werden Herr Morgan und seine Freunde um anderweitige Unterbringung ihrer Goldschätze sicherlich in Verlegenheit sein. Wenn sie darauf gebrannt hätten, ihr Geld in Deutschland zu investieren, so hätten sie schon längst die Wege dazu gefunden, zu einer Zeit, als die Ausplünderung unserer Wirtschaft durch fremde Kronvögler noch nicht so weit vorgeschritten war. Man soll zwar Finanzleuten, insbesondere amerikanischen Finanzleuten, keinerlei sentimentale Regungen nachsagen, aber im vorliegenden Falle sprechen doch wohl noch andere als rein geschäftliche Motive dabei mit, wenn die internationalen Bankierkonferenzen die fortschreitende Verelendung Europas noch aufhalten möchten. Voraussetzung dabei war immer und muß stets bleiben die Vereinwilligkeit der Hauptgläubigerstaaten des Deutschen Reiches, diesem wieder in seiner wirtschaftlichen Betätigung wenigstens so weiten Spielraum zu lassen, daß seine neu aufzunehmenden Schuldverpflichtungen nicht gleich von vornherein in den Schornstein geschrieben zu werden brauchen. Die „Heiligkeit der Verträge“, wie die Franzosen sie verstehen, hat es zu verhindern gewußt, daß eine Verhängung auf diesen Boden möglich wurde, und ganz so wie in Genoa die wichtigsten Probleme auf mehr oder weniger unbestimmte Zeit vertagt werden mußten, so ist jetzt auch in Paris die drängende Frage einer Klarstellung der gesamten Kriegskostenfrage glücklich geschleiert. Die Amerikaner werden abschließend von bannen gehen und andere Verdienstmöglichkeiten suchen und finden. Die Franzosen, soweit sie auf Herrn Poincaré schwören, werden erleichtert aufpassen, daß die Gefahr einer Revision des Londoner Ultimatum oder gar des Vertrages von Versailles abermals an ihnen vorübergegangen ist. Die deutschen Unterhändler aber werden nach Berlin zurückkehren und sich hier in eingehender Berichterstattung über ihre Ergebnisse der letzten Wochen darüber Gewißheit verschaffen, ob sie trauern oder sich dessen freuen sollen, daß sie mit leeren Händen heimgekehrt sind. Die Anschauungen über die Notwendigkeit oder gar über die Notwendigkeit einer internationalen Anleihe sind bei uns zutage ziemlich weit auseinandergegangen. In dem einen Punkte aber herrscht ziemlich übereinstimmend auf der ganzen Linie, daß nur eine ausreichte und mög-

lich langfristig gestellte Unterbrechung für uns überhaupt ernsthaft in Frage kommen könnte. War sie nicht zu haben, dann wäre es ein neuer schwerer Fehler gewesen, wenn unsere Bevollmächtigten sich auf irgend eine kümmerliche Ersatzlösung eingelassen hätten.

Das ist nicht geschehen — im Augenblick weiß man noch nicht, ob sie überhaupt dazu in der Lage gewesen wären — und so hat sich der Stand der Dinge für uns wenigstens im Augenblick nicht verschlechtert. Es bleibt einseitiger bei dem Moratorium für den Kauf dieses Jahres, und die letzten Zusagen unserer Regierung haben — soweit sie nur für den Fall des Zustandekommens einer ausreichenden internationalen Anleihe gegeben waren — ihre bindende Kraft verloren.

Nun werden wiederum die Positiver das Wort zu nehmen haben und sich überlegen müssen, ob sich neue Wege finden lassen, aus der Sachlage herauszukommen. Die Franzosen mögen sich im Augenblick die Hände reiben, daß vorläufig alles beim alten bleiben muß, die Zeit arbeitet in diesem Falle nicht für sie, sondern gegen sie. Nach drei Monaten werden sie selber vielleicht schon sich darüber ihre eigenen Gedanken machen.

### Deutsches Kapital in Rußland.

Abkommen mit der Ukraine.

Das Außenhandelskommissariat der Sowjet-Ukraine in Moskau teilt mit, von einer Gruppe großer deutscher Banken sei ein Abkommen unterzeichnet worden, wonach diese Banken der Sowjet-Ukraine einen Kredit von 100 Millionen Reichsmark gewähren und eine landwirtschaftliche Konzeption im Odesaer Gouvernement auf 200 000 Dessjatinen erwerben. Die Deutschen sollen ihre Arbeit bereits begonnen haben.

Wie gleichfalls aus Moskau amtlich gemeldet wird, hat eine Gruppe deutscher Kapitalisten Vertreter der Südost-Bank (Moskau a. Don) nach Berlin eingeladen, um Verhandlungen zwecks Heranziehung deutschen Kapitals zum wirtschaftlichen Wiederaufbau der südsibirischen Gebiete Rußlands aufzunehmen. Der Petersburger Sowjet veranlaßte eine öffentliche Sitzung seines Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten zur Begrüßung der gegenwärtig in Petersburg weilenden Vertreter der deutschen Industrierwelt.

Die deutschen Herren erklärten, wie die Petersburger „Pravda“ berichtet, daß sie von der Dauerhaftigkeit der angebahnten deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen überzeugt seien; zugleich aber wiesen sie auf die Verbesserungen hin, die in der Technik des russischen Außenhandels erwünscht seien.

### Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Disziplinarrecht für die Reichswehrmacht.

Der Entwurf eines Disziplinargesetzes für die Wehrmacht ist dem Reichstag zugegangen. Durch die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit sind die bürgerlichen Gerichtsbehörden für Straftaten und Vergehen der Wehrmachtangehörigen zuständig, soweit es sich nicht um einfache Disziplinarvergehen handelt. Infolgedessen sind die bürgerlichen Gerichte stark belastet und die Abhandlung der Straftaten und Vergehen von Wehrmachtangehörigen wird ungebührlich hinausgezögert. Das ist natürlich nicht im Interesse der Aufrechterhaltung der Wehrmacht, und deshalb bezweckt die Vorlage, diese Straftaten disziplinarisch zu ahnden. Das Gesetz will die Fälle nicht etwa in die Hand der Disziplinarvorgesetzten legen, sondern sie in einem förmlichen Disziplinarverfahren Kammern übertragen.

Ermäßigter Bahntarif für Düngesalze.

Um für den Herbst die Eisenbahn zu entlasten, damit sie Kartoffeln und Brotgetreide befördern kann, hat das Reichsverkehrsministerium einen Saisontarif für Düngesalze (Kali) mit Gültigkeit vom Mai 1922 bis 30. April 1923 beschlossen, der eine Ermäßigung von 30 Prozent für die Monate Mai bis Juli, von 20 Prozent für die Monate März, April, August und Dezember, von 15 Prozent für die Monate September, November, Januar und Februar vorseht. Der Zweck ist, die Verbraucher der Düngemittel zu erheblicher Abnahme zu veranlassen. Zum weiteren Preis für die Verbraucher beschloß das Reichsministerium, beim Beginn im Sommer einen Preisnachlass zu gewähren. Da vom Juli ab bereits die Getreidebeförderung einsetzt, müssen Düngemittel unverzüglich auf die Bahn gebracht werden. Alle am Düngemittelverkehr beteiligten Kreise müssen damit rechnen, daß bei dem im September begin-

nenden Kartoffelversand Düngemittel möglicherweise überhaupt nicht mehr befördert werden können.

Übergriffe der Rheinlandkommission.

Das Wirtschaftskomitee der Interalliierten Rheinlandkommission hat, ohne die beteiligten deutschen Industrie- und Handwerkskreise zu befragen, Ausführmindestpreise für Töne festgesetzt, die 25 Prozent unter den Ausführmindestpreisen liegen, die von der deutschen Ausfuhrindustrie und dem Ausfuhrhandel beschlossen worden sind. Diese Maßnahme ist ein widerrechtlicher Eingriff in die innerdeutsche Wirtschaft. Die Festsetzung von Ausführmindestpreisen ist lediglich Sache der beteiligten Kreise von Ausfuhrindustrie und Ausfuhrhandel.

Die Elbehochflut sind nicht begeistert.

Seit Kriegsende stellen 82 600 Elbehochfluter oder dort anässliche Deutsche den Antrag auf Erwerbung der französischen Nationalität. In 15 000 Fällen handelt es sich um deutsche Ehemänner, in 13 000 Fällen um deutsche Frauen, die von dem Reich Gebrauch machen, daß sie durch Verheiratung mit einem Elbehochfluter oder einer Elbehochfluterin sofort französisch werden trotz reichsdeutscher Abstammung. Von den eingelaufenen Anträgen wurden 72 800 von der französischen Regierung genehmigt. Man hatte in Frankreich mit der drei- bis vierfachen Zahl der Anträge gerechnet.

Nordamerika.

Ein Amerikaner in der Kriegsschadenersatzkommission. Es erscheint wahrscheinlich, daß Staatssekretär Hughes infolge einer Anregung von Seiten Deutschlands, zum dritten Mitgliede der Schadenersatzkommission einen Amerikaner zu ernennen, einen amerikanischen Bürger von unparteiischem Urteil und hohem Ansehen in die Kommission entsenden wird. Jedenfalls werde durch die geplante Maßregel die Erledigung der Ansprüche sehr erleichtert werden. Die amerikanischen Behörden seien von dem Vorgehen der Deutschen befreit.

Als In- und Ausland.

Paris. Auf die Anfrage eines Abgeordneten hat das Kriegsministerium festgestellt, daß 18 822 französische Kriegsgefangene in der Gefangenschaft in Deutschland gestorben sind.

Paris. Der zuständige Kammerausschuss hat mit 8 Stimmen bei zwei Enthaltungen den Wahlsatz im Prinzip angenommen.

Als de Janeiro. Der Kongress hat Artur Benardes zum Präsidenten der Republik gewählt.

Peking. Zwischen den beiden kämpfenden Parteien in China wurde ein Waffenstillstand abgeschlossen. Es wurde eine neutrale Zone zwischen China und der Mandchurie geschaffen.

### „Nationale Festigkeit.“

Der Reichskanzler für Deutschlands Unabhängigkeit.

Stuttgart, 10. Juni.

Der Reichskanzler Dr. Brüning und Dr. Rathenau haben bei ihrem hiesigen Besuch vor einem großen Kreise geladener Gäste Ansprachen gehalten.

Die Rede des Kanzlers behandelte hauptsächlich Genoa. Noch vor einem Jahre habe ein Postul unter der Idee der „Sanktionen“ gestanden. Die Befestigung der drei Rheinstädte wird von uns allen als großes Unrecht empfunden. Wenn man Genoa damit vergleicht, so ergibt sich, daß man aus dem Nebeldunst des politischen Diktates heraus ist. Im Jahre 1921 wäre der Vertrag von Rapallo nicht möglich gewesen. Man hat in Genoa geglaubt, uns einige Tage unbemerkt an die Hand stellen zu dürfen. Da haben wir gehandelt und dieses Werk geschaffen, das der erste Friedensvertrag geworden ist, ein Vertrag des Vergessens und Vergebens. Solange Rußland und Deutschland einander nicht feindselig gegenüberstanden, ist es beiden gut gegangen. Alle Wärrer über besondere Vermachungen militärischer und politischer Art sind in das Reich der Fabel zu verweisen. Wir hätten unsere Pflicht verletzt, wenn wir den Frieden mit Rußland nicht geschlossen hätten, denn die französischen Bemühungen, die Kette um uns ganz zu schließen, waren deutlich sichtbar. Heute ist der Vertrag eine anerkannte Tatsache. Zu den Fragen, über die in Genoa nicht offiziell gesprochen wurde, gehört das Reparationsproblem, die deutsche Frage, die in Wirklichkeit eine europäische, ja, ein Weltproblem ist. Für uns war die Aufgabe die, aus dem politischen Exzentrisse, wo die Diktate schließlich das letzte Wort haben, und herauszuheben in das Reich wirtschaftlicher, nützlicher Erwägungen. Die Zeit wird kommen, wenn wir nur Gedulds haben, daß die ganze Welt die Reparationen als eine rein